

10.11.2023 – 15:00 Uhr

Liechtenstein unterstützt Joint Statement zum steuerlichen Informationsaustausch von Kryptowerten

Vaduz (ots) -

Die Konformität mit internationalen und europäischen Standards im Steuerbereich ist eine wichtige Grundlage der Finanzplatzstrategie Liechtensteins. Zu den internationalen Standards gehören insbesondere die Vorgaben der OECD, des Global Forums für Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen und der Europäischen Union. Dazu gehört insbesondere auch die Umsetzung des automatischen Informationsaustausches (AIA).

Seit der Einführung des AIA im Jahr 2016 haben sich die Finanzmärkte sowie die angebotenen Dienstleistungen und Produkte stetig weiterentwickelt. Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen sowie der zunehmenden Digitalisierung der Finanzmärkte hat die zuständige OECD-Arbeitsgruppe im Auftrag der G20 den Common Reporting Standard (CRS) für den AIA überarbeitet und zusätzlich das Crypto Asset Reporting Framework (CARF) entwickelt.

Das CARF regelt den automatischen Informationsaustausch von steuer-relevanten Informationen von Kryptowerten. Es soll vor allem dem raschen Wachstum der Produkte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Kryptowerten Rechnung tragen.

Im Zuge der CRS-Revision wurden ebenfalls die digitalen Entwicklungen berücksichtigt, beispielsweise durch die Aufnahme von E-Geld-Produkten und digitalen Zentralbankwährungen in den Anwendungsbereich des CRS. Weitere Änderungen betreffen unter anderem erhöhte Anforderungen an die AIA-Sorgfalts- und Meldepflichten.

Am 17. Oktober 2023 hat der Rat der EU eine Richtlinie zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden (DAC 8) beschlossen. Im Zuge dieser Richtlinie wurden die Umsetzung des CARF und die CRS-Revision festgelegt, wobei die neuen Regelungen innerhalb der EU ab 1. Januar 2026 mit einem ersten Informationsaustausch in 2027 anzuwenden sind.

Auf der Grundlage dieser klaren internationalen Rahmenbedingungen hat sich die Regierung zur Unterstützung eines Joint Statement zur Umsetzung des CARF und der CRS-Revision entschlossen. Das Joint Statement wurde insbesondere durch die USA, Spanien, UK und Südafrika erarbeitet. Gemäss diesem Joint Statement, das einer politischen Absichtserklärung gleichkommt, soll darauf hingearbeitet werden, dass ein erster Austausch unter dem neuen internationalen Standard im Jahr 2027 für Berichtszeiträume/Meldeperioden ab dem 1. Januar 2026 stattfinden kann. Das entspricht dem Zeitplan der EU. Das Joint Statement wird neben Liechtenstein von über 40 weiteren Staaten wie den USA, Singapur, Deutschland, Frankreich, Italien, UK, Österreich, Luxemburg, Norwegen, Island und der Schweiz unterstützt.

Liechtenstein hat ein Interesse an global anwendbaren Regeln und einer möglichst zeitgleichen Umsetzung einer grossen Anzahl von Staaten, insbesondere vergleichbaren Jurisdiktionen mit Finanzplätzen, was letztlich auch zu Rechtssicherheit führt.

Das Joint Statement ist im englischen Original unter <https://www.regierung.li/carf-joint-statement> abrufbar.

Pressekontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Simon Biedermann, Generalsekretär
T +423 236 64 47
simon.biedermann@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100913287> abgerufen werden.